

# Gregor Gysi auf der Flucht

Die „Welt“ berichtet heute von einem grotesken Schauspiel auf den Fluren des Bundestages. Der kanadische Publizist David Sheen und der US-Publizist Max Blumenthal, beides bekannte Israelfeinde, sollten auf Einladung der einschlägig bekannten Linke-Abgeordneten Inge Höger und Annette Groth einen Vortrag über die „Kriegsverbrechen Israels“ in Räumlichkeiten der Linke-Fraktion halten. Und das ausgerechnet einen Tag nach dem Gedenken an die „Reichsprogromnacht“, in der einst die Nazis zu gewaltsamen Übergriffen gegen die deutschen Juden übergegangen waren. Linke-Fraktionschef Gysi untersagte die Veranstaltung, die daraufhin anderswo stattfand. So weit, so gut oder auch schlecht. Doch die beiden „Referenten“ wollten das nicht auf sich sitzen lassen und hätten versucht, Gysi „zur Rede zu stellen“. Sie hätten den Politiker durch die Flure gejagt, bis dieser sich in eine Toilette retten konnte. Nun ist mal wieder die Stimmung schlecht bei den SED-Fortführern, denn immer wieder war es zum Leidwesen der Partei- und Fraktionsführung in der Vergangenheit zu antisemitischen Vorkommnissen bei der Linke gekommen. Man könnte über den Vorgang einfach den Kopf schütteln, aber in diesen Tagen muss zumindest ich immer wieder daran denken, was das eigentlich für eine Partei ist, die nun in Thüringen den neuen Ministerpräsidenten stellen soll.

---

## Wer sagt da sowas Richtiges?

Ein kleines Rätsel für zwischendurch. Vom wem stammen die folgenden Sätze? „Wir dürfen die massiven Integrationsprobleme in Deutschland nicht länger ignorieren. Parallelgesellschaften, die sich abschotten, religiöse Intoleranz vermitteln und selbstverständliche Freiheitsrechte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau infrage stellen, dürfen nicht länger als kulturelle Diversität verharmlost werden.“

Egal, was Sie antworten wollten: Falsch! Diese Sätze stammen von FDP-Politikern. Der enge Lindner-Vertraute Dr. Gerhard Papke, Vizepräsident des Landtags von NRW, und der frühere Bundestagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai haben sie geschrieben. Die FDP, so ist zu hören, befindet sich derzeit auf dem Weg zu einer Art programmatischer Neugründung. Und das erfrischend klare Positionspapier, das eine „Rückbesinnung auf die wehrhafte Demokratie“ fordert, die Bereitschaft Deutschlands, auch international mehr militärische Verantwortung zu übernehmen (bei gleichzeitiger besserer Ausstattung und Vorbereitung der Bundeswehr) und das klar sagt: „Politische und religiöse Extremisten sind in Deutschland nicht willkommen“ ist bemerkenswert. Die Liberalen wollen sich in zentralen Fragen wieder Gehör verschaffen. Mag sein, dass dieses Neudenken auch der Existenz der AfD geschuldet ist. Sicher auch, dass ein solches Papier nur ein erster Mosaikstein einer neuen inhaltlichen Aufstellung sein kann, dem viele weitere folgen müssen. Aber ich finde es gut, dass vom Krankenlager der deutschen Liberalen wieder Atemzüge zu vernehmen sind.

---

## Es gibt Schlimmeres als einen Bahnstreik

Geschäftlich führte mich mein Weg heute nach Stuttgart. Der Bahnstreik ist vorbei, so entschied ich mich für das Reisen auf Gleisen. Und der vorherige Erwerb einer Bahncard 25 sollte die Kosten in einem erträglichen Rahmen halten. Punkt 9 Uhr wartete ich also im sogenannten Fahrgastcenter des Krefelder Hauptbahnhofs, als 13. in der Schlange vor dem einzigen geöffneten Schalter. Dort stand ein Fahrgast mit einem Katalog. Er wollte offenbar eine umfangreiche Reise buchen, war sich aber wohl noch nicht sicher, wohin und woher und in welchen Hotels er wohnen sollte. Die Uhr zeigte mittlerweile 9.17, mein Regionalzug nach Düsseldorf sollte um 9.43 Uhr fahren. Ich war jedoch weiterhin 13. in der Schlange, neben mir harrte meine Frau aus, wohl weil sie mich wirklich liebt. Da öffnete sich im Hintergrund eine Tür und heraus trat eine weitere Bahn-Bedienstete, die Platz an einem der anderen verwaisten Schalter nahm. Allerdings hatte sie zunächst Probleme, ihren Computer hochzufahren. Schließlich funktionierte es. Sie stand auf, ging gemessenen Schrittes zu einem Wandschrank, um Kopierpapier zu holen, als Bewegung in die Szenerie kam. Ein Briefträger erschien mit einem Päckchen, zog an uns allen vorbei und eilte zu Schalter 2. Aus dem Hintergrund rief Bahnfrau 2 laut zur Tür: „Ingrid, kannst mal eben kommen.“ Ingrid kam, nahm das Päckchen entgegen und verschwand wieder.

Die Uhr zeigte 9.23. Der zweite Schalter wurde geöffnet. Am Schalter 1 weiter der Urlauber. Ich rückte in der Schlange vor auf Platz 12. Sekunden später sogar auf 11, denn die ältere Dame, die eine halbe Stunde vorn in der Schlange gewartet hatte, wollte nur schnell etwas fragen. Zehn Sekunden, und sie war fertig. Um 9.28 Uhr geschah etwas Unerwartetes. Die Tür im Hintergrund öffnete sich erneut, und heraus trat die oben bereits erwähnte Ingrid. Dieses Mal, um einen dritten Schalter zu öffnen. Was soll ich sagen, nun ging es voran. Um 9.35 Uhr war ich an der Reihe. Eine Bahncard und einen Fahrschein nach Stuttgart. Und bitte schnell, ich muss den 43 nach Düsseldorf erreichen. Ingrid strahlte überlegen: „Das sind ja noch neun Minuten.“ Und tatsächlich, um 9.40 Uhr hatte ich alles zusammen. Letzte Frage an Ingrid: Von welchem Gleis fährt der 43? Noch ein zauberhaftes Lächeln: „Von Gleis 3.“ Ein schneller Abschiedskuss noch für meine Gemahlin, dann rannte ich los.

Oben auf der Treppe stellte ich fest, dass es Gleis 3 gar nicht mehr gab. Bauarbeiten, alles aufgerissen, Sandberge und Absperrungen. Wegen der Bauarbeiten, so fand ich später heraus, gab es einen Sonderfahrplan. Um 9.43 Uhr fährt derzeit gar kein Zug nach Düsseldorf. Der nächste wäre zu spät, um noch den ICE von Düsseldorf nach Stuttgart zu erreichen. Also meine Frau angerufen, gebeten, mit dem PKW zurückzukommen, und mich nach Düsseldorf zu fahren. Unterwegs haben wir kaum gesprochen. Einmal sagte sie: „Ich bin heute wirklich froh, dass wir in Deutschland so restriktive Waffengesetze haben...“ Keine Ahnung, was sie damit sagen wollte.

Um 10.19 Uhr erreichten wir den Vordereingang des Düsseldorfer Hauptbahnhofs. Ich musste zu Gleis 15, das ist beim Hinterausgang. Mit einem Zwischenspur erreichte ich um 10.22 Uhr den ICE, gerade als per Lautsprecher verkündet wurde, dass jetzt „die Türen automatisch schließen“. Aber ich war drin. Es gab zunächst keinen Sitzplatz im ganzen Zug, später rutschte durch das Ruckeln mein Kaffee vom Tisch und tränkte mein rechtes Hosenbein mit der braunen Brühe. Ich finde, die GDL sollte ihren Streik

wieder aufnehmen. Dann kommt unsereins gar nicht mehr in Versuchung, sich diesem Irrsinn auszusetzen.

---

## Was für eine Heuchelei

Im Bundestag wurde heute der Maueröffnung vor 25 Jahren gedacht. Wolf Biermann sang, Vertreter der Parteien redeten. Auch Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, die eigentlich Bündnis 90/Die Grünen heißen. Emotional schilderte sie eine Begegnung mit einem 16-jährigen politischen Häftling des SED-Regimes, dessen Hände gezittert hätten, und der sagte, dass er doch gar nichts getan habe, lediglich einen Witz gemacht. Über die Mauer. Diese Begegnung, so die grüne Spitzenfrau, habe sie nie wieder losgelassen. Ja, traurig, liebe Frau Göring-Eckardt. Aber wenn Sie doch so bewegt von dieser Erfahrung sind, warum lassen Sie dann zu, dass Ihre Partei in Thüringen die Partei in die Regierung wählen will, die schuldig am Schicksal dieses Jungen gewesen ist? SED hieß die, dann auch mal PDS und heute Linke, aber es ist derselbe Schoß, aus dem die neuen Machthaber in Thüringen stammen. An Feiertagen Krokodilstränen weinen, aber im Alltag die Schuldigen von einst reinwaschen – das ist Heuchelei, Frau Abgeordnete.

---

## Sendeschluss für die Golden Girls

Nachdem jeder sehen kann, dass die Emanz\_Innen-Postille „Emma“ als gedruckte Zeitschrift den Anschluss an die Neuzeit lange verloren hat, versuchte das einst legendäre Blatt von Alice Schwarzer jetzt mal etwas total Hippos in die Sozialen Netzwerken. Bei Twitter wurde aufgerufen, unter dem Hashtag *#EMMAistfürmich* zu schreiben, welche Bedeutung das Blatt eben so für die Menschen hat. Und die schrieben – allerdings wohl anders, als man sich das bei den Initiator\_Innen vorgestellt hatte. „eine vertane Chance“, „dass man es in den 70ern sicher gut gebrauchen konnte“, „kriminell“, „Teil des gesellschaftsübergreifenden Rechtsrucks“, „super nervig“, „Meinungsvehikel einer paternalistischen konservativ-bürgerlichen Steuerhinterzieherin“ sowie „altbacken, rückschrittlich, bevormundend, elitär, rassistisch und selbstbeweihräuchernd“, um nur wahllos ein paar Antworten zu zitieren. „Emma“ bekommt Prügel von Männern und Frauen, von Feministinnen ebenso wie von Männerbewegten. Man kann darüber philosophieren, ob Schwarzer und dieser Teil ihres Lebenswerks das verdient haben. Unübersehbar ist jedoch: Der 70er-Jahre-Feminismus hat ausgedient. Niemand will ihn, niemand braucht ihn. Zeit für die Golden Girls, in den wohlverdienten Ruhestand zu wechseln.

---

## Die Nachricht heißt: 100.000 Familien freuen sich über Unterstützung

Sie wissen, ich mag die Rheinische Post. Ich lese sie seit langem, und ich lese sie gern. Der heutige Beitrag „Kita schlägt Betreuungsgeld“ hat mich allerdings sehr geärgert, stellt er doch die Realitäten auf den Kopf bzw. zieht Schlussfolgerungen, die nicht der Faktenlage entsprechen. Gegen massiven Widerstand von SPD und Grünen wurde von der schwarz-gelben Bundesregierung 2013 das Betreuungsgeld eingeführt, um damit die Mehrheit der Familien im Land, die für ihre ein- und zweijährigen Kinder keine staatliche Verwahrung wünschen, zu unterstützen. Während die neue Sozialleistung in den südlichen Bundesländern, vorbildlich wieder einmal Bayern, offensiv angeboten wird, machen die rot-grünen Länder nur mürrisch bis lustlos mit. Ich kenne Geschichten aus unserem Freundeskreis, wo junge Familien eine wahre Odyssee hinter sich bringen mussten, um überhaupt zu erfahren, wo und wie man das Betreuungsgeld beantragen kann. Doch der Autor des RP-Artikels erwähnt diese Hindernisse nicht, sondern schreibt, dass es in NRW bislang „nur 97.375 Anträge“ gegeben habe. Nur! Fast 100.000 Familien in NRW erhalten zusätzliches Geld. Das ist also ein Misserfolg? Und der Autor schreibt weiter: „Damit scheint sich die Kita als Betreuungsmodell für unter Dreijährige durchzusetzen.“ Kennt er den Unterschied zwischen Kita und Krippe also gar nicht? Kleinkinder, Babys kommen in die Krippe, nicht in die Kita. Und natürlich gibt es auch in Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Eltern, die in den beiden ersten Lebensjahren ihre Kinder selbst erziehen, als Eltern, die ihre Kinder schon nach wenigen Monaten in den Krippe geben – oft übrigens, weil sie es aus beruflichen Gründen müssen, nicht weil sie es wollen. Auch darüber schreibt der Autor nichts. Und über die Kritik an ungünstigen Gruppengrößen in Krippen, überforderten Erzieherinnen und vor allem völlig unflexiblen Betreuungszeiten schon mal gar nicht. Aber „Kita schlägt Betreuungsgeld“. Das ist Journalismus, wie er nicht sein sollte.

---

## Eine Schlappe für den Zauderer

Die Niederlage der Demokraten bei den gestrigen Midterm-Elections ist krachend, und die Erklärung ist einfach. Sie hat einen Namen: Barack Obama. Der als Hoffnungsträger – auch in Deutschland – gefeierte Präsident und Friedensnobelpreisträger ist in seinem Heimatland so unpopulär, wie kaum einer seiner Amtsvorgänger. Eine durchwachsene Bilanz in der Innenpolitik, schwere Fehler in der Außenpolitik, bei vielen Themen keine erkennbare Strategie. Gewiss, man darf Zwischenwahlen in den USA nicht überbewerten. Es ist eine schöne amerikanische Tradition, dass die Partei, die den Präsidenten stellt, dann von den Wählern abgewatscht wird. Das Ausmaß der gestrigen Niederlage der Demokraten, die nun

in beiden Kammern einer republikanischen Mehrheit gegenüber stehen, ist jedoch ein deutliches Signal, dass die Amerikaner von Obama die Nase voll haben – und das trotz einer erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung und sinkender Arbeitslosenzahlen.

Wer sich in den USA ein wenig auskennt, weiß, dass man dort tatkräftige Entscheider an der Spitze wünscht. Das Zaudern, das Obama erstaunlicher Weise immer wieder an den Tag legt, verblüfft selbst wohlmeinende Beobachter. Die Instinktlosigkeit eines Präsidenten, der Golf spielen geht, nachdem islamistische Wahnsinnige einen US-Staatsbürger vor laufenden Kameras geköpft haben, macht sprachlos. Vielleicht waren auch einfach die Erwartungen zu hoch an den Mann, der nach dem Bush-Krieg die Welt zu einem friedlicheren Ort machen wollte. Dies Unterfangen, das kann jeder abends in den Nachrichten sehen, ist grandios gescheitert.

Obama wird nun seine letzten zwei Jahre im Oval Office ohne große Gestaltungsmöglichkeiten absitzen. Was dann kommt? Wer weiß das schon in einer sich stündlich rasant verändernden Welt? Hillary Clinton vielleicht, eine Frau, die bewiesen hat, dass sie klug und führungsstark ist. Oder ein Republikaner. Doch wer das sein könnte, bleibt im Verborgenen. Es ist niemand zu sehen, der sich aufdrängt, und so ist das Rennen 2016 völlig offen – trotz der gestrigen Erfolge der Republikaner.

---

## **Die Schlapphüte machen einen guten Job**

Es liegt im Wesen von Geheimdiensten, dass ihre Arbeit geheim ist. Nun hat der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Gerhard Schindler, bei einem Kongress in Berlin einmal den Schleier ein wenig gelüftet. Seit 2011 habe sein Dienst 19 Anschläge auf Bundeswehrsoldaten in Afghanistan verhindert, außerdem innerhalb von fünf Jahren an der Lösung von über 30 Entführungsfällen maßgeblich mitgewirkt. In vier Fällen sei es sogar gelungen, den Aufenthaltsort der Geiseln zu ermitteln. Schindler nannte die Zahl von 300 Mitarbeitern, die derzeit allein in Afghanistan tätig sind, um Informationen zu beschaffen und den Einsatz der noch verbliebenen 1.500 Bundeswehr-Soldaten abzusichern. Das ist eine beeindruckende Bilanz, die mir den Eindruck vermittelt, dass all das Geld für den BND nicht zum Fenster hinausgeschmissen wird.

Beeindruckend auch, wie klar sich der Geheimdienst-Chef zur Zusammenarbeit mit anderen westlichen Diensten bekannte. Insbesondere der Datenaustausch mit der amerikanischen NSA bringe für die Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden immer wieder wertvolle Informationen. Ein leiser Zwischenruf in die allgemeine Snowden-Besoffenheit unserer Tage.

---

## Da gibt es nichts zu meckern, Herr Bundespräsident

Deutschland hat einen Bundespräsidenten, der politisch wirken will. Das war nicht immer so. Wir hatten auch mal einen Präsidenten, bei dem das öffentliche Interesse mehr den großen Hüten seiner Gattin galt, als seinen Aussagen. Wir hatten einen, der singend mit der Postkutsche unterwegs war, ein anderer erwanderte volksnah die Republik. Alles honorige Persönlichkeiten, damit ich nicht missverstanden werde. Und nun also Joachim Gauck, an dem man sich politisch wunderbar reiben kann. Was habe ich mich geärgert, als er in einer Weihnachtsansprache von der Angst der Migranten im öffentlichen Personennahverkehr redete, aber zu erwähnen vergass, wie sich wohl Deutsche fühlen, die zum Beispiel spätabends in einem Berliner U-Bahnhof auf eine Gruppe junger Araber stoßen. Aber sei's drum, man muss nicht immer in allen Punkten mit anderen übereinstimmen.

Nun hat der Bundespräsident allerdings etwas Richtiges gesagt. Und zwar zur bevorstehenden Wahl eines Politikers der SED/PDS/Linke zum thüringischen Ministerpräsidenten. Zitat BuPrä: „Ist die Partei, die da den Ministerpräsidenten stellen wird, tatsächlich schon so weit weg von den Vorstellungen, die die SED einst hatte bei der Unterdrückung der Menschen hier, dass wir ihr voll vertrauen können? Es gibt Teile in dieser Partei, wo ich - wie viele andere auch - Probleme habe, dieses Vertrauen zu entwickeln.“ Und sofort ist wieder allerorten Empörung zu vernehmen. Was mischt der sich da ein? Will er den Abgeordneten Rechte beschneiden? Hat er ein gestörtes Verhältnis zur Freiheit? Ganz im Gegenteil! Gauck formuliert das Unbehagen, das angesichts der Entwicklung in Erfurt viele Menschen in Deutschland haben. Auch dazu ist ein Staatsoberhaupt da. Warnen, wenn etwas schiefzulaufen droht. Und das nicht nur bei Rechtsradikalen, sondern auch bei Linksradiakalen, selbst wenn die gut geschnittene Anzüge tragen. Und, wenn ich das hinzufügen darf, sehr geehrter Herr Bundespräsident: Ruhig auch mal bei gewalttätigen Islamisten.

---

## Kein augenzwinkerndes Einverständnis

Heute erreichte mich die Mail eines Lesers meines Blogs, der am vergangenen Wochenende bei Freunden in Köln eingeladen war und dort den Hooligan-Aufmarsch live miterlebte. Er schreibt:

“ Was meine Frau, meine Freunde und ich dort erlebt haben, war das Entsetzlichste was mir/uns bisher passiert ist. Ich habe einen von allen Fesseln losgelassenen Mob erlebt, der schonungs- und



rücksichtslos mit den Menschen, deren Eigentum und auch sonst gegen alles losgegangen ist, was sich ihm in den Weg stellte.“

Und er stellt die berechnete Frage, ob sich der umtriebige NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) nicht im Vorfeld der Veranstaltung schon intensiver damit hätte befassen sollen, statt medienwirksam einen Blitz-Marathon zu zelebrieren. Null Toleranz müsse nun das Gebot der Stunde sein. Da hat er zweifellos recht, und das gilt für gewalttätige Rechtsextremisten ebenso wie für gewalttätige Salafisten. Und ich füge hinzu: Auch für die gewalttätigen linksextremen Schlägerhorden der sogenannten „antifa“, die gerade etwas aus dem Blick rutschen, aber sicher demnächst in Hamburg oder Berlin wieder auf sich aufmerksam machen werden. Die aktuelle Entwicklung und die zunehmende Gewaltbereitschaft und Verrohung in Deutschland bieten Anlass zu großer Sorge. Der Staat muss dagegen viel deutlicher als bisher Stärke zeigen. Dazu gibt es vielerlei Instrumente, ein ausufernder Datenschutz gehört allerdings nicht dazu. Warnen möchte ich davor, bei der Beurteilung von politischer Gewalt nach dem jeweiligen Grund zu differenzieren. Der Hooligan-Aufmarsch in Köln ist nicht deshalb irgendwie positiver, weil er sich gegen Salafisten richtet (wobei ich annehme, dass der Wunsch zur Randalie für manche das stärkere Motiv ist). Bei der Ablehnung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele sollte diese Gesellschaft zusammenstehen. Das Gewaltmonopol in einer offenen Gesellschaft muss dem Staat vorbehalten bleiben. Allerdings wäre hilfreich, wenn er es bei Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit auch konsequent ausübt.